

## **NIEDERSCHRIFT**

über die öffentliche Gemeinderatssitzung in der Hauptschule Paznaun am 04.06.2009.

**Anwesende:** Vorsitzender Bürgermeister Helmut Ladner  
Stellvertreter Johannes Reinalter  
Gemeinderäte Gottlieb Sailer, Karl Spiss, Ernst Hauser, Josef Hauser, Egon Jäger (ab 21.15 Uhr), DI Werner Zangerle, Heinrich Rudigier, Josef Juen, Alfons Stark und Thomas Spiss

Ersatzmitglieder Paul Sailer, Werner Pfeifer, Markus Rudigier

**Entschuldigt:** Wilhelm Siegele, Johann Huber, Adolf Jehle

Schriftführer Richard Pfeifer

**Dauer:** 19.30 – 23.00 Uhr

### **Tagesordnung:**

01. Bericht und Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung
02. Beschluss Angelegenheiten Sanierung Mehrzweckgebäude Diasbach
03. Beratung über Regelung des Bereitschaftsdienstes Sprengelarzt
04. Beschluss Ausführungen Umbau Wohnung Zollhaus 246
05. Beratung Angelegenheiten Müllabfuhr
06. Festsetzung der Mindestabwassergebühr
07. Flächenwidmungsplanänderung Gpn. 769/1 und 769/2 (Josef Jäger, Sinsen)
08. Antrag Volksbank Landeck zur Verwendung des Gemeindewappens
09. Beschlussfassung zur Vollversammlung der Bergbahnen Kappl am 25.06.09
10. Anträge, Anfragen und Allfälliges

## **Erledigung - Beschlussfassung**

### **Zu 01.) Bericht und Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung:**

Der Bürgermeister berichtet über die Durchführung der Beschlüsse der letzten Sitzung vom 24.03.2009, im Besonderen über:

- Schließung des Postamtes Kappl soll lt. Post AG per 13. Juli 2009 erfolgen; als „Postpartner“ wurde angeblich Marco Sailer mit Standort Lochau (m-kreativ-design) gefunden; laut dessen Angaben gebe es allerdings noch keinen Vertrag; an die der Gemeinde von der Post zugesagte Einbindung in die Bemühungen, die Poststelle zu erhalten bzw. Mitteilung und gemeinsame Absprache über mögliche Postpartner zu machen, haben sich die Vertreter der Post jedenfalls nicht gehalten. Stattdessen wurde dem Bürgermeister nur ein inhaltlich falsches Schreiben zur Bestätigung über gemeinsame Bemühungen und Prüfungen vorgelegt. Diese unseriöse Vorgangsweise wurde dem Vertreter der Post durch Bgm. Ladner klar gemacht, es wird vereinbart, dass von Seiten der Gemeinde ein entsprechendes Schreiben an die Post AG gerichtet werden soll.
- Reparatur der Schneefräse: nach Begutachtung und Rücksprache mit heimischen Monteuren sowie Abfrage der Kosten für die erforderlichen Ersatzteile, welche zur Reparatur der Fräse notwendig sind, werden die Reparaturkosten jedenfalls in der Höhe des Angebotes der Fa. Schmid anfallen; es wird vorgeschlagen, dass vorerst nochmals von Bgm. Ladner, GV Ernst Hauser und dem Bauhof Absprache mit der Gemeinde Galtür (hat gleiche Fräse reparieren lassen) gehalten wird; die notwendigen Reparaturen bei der Fräse sind dann genau festzulegen, von der Fa. Schmid ist nochmals ein entsprechendes Pauschalangebot einzufordern, die Beauftragung der Reparatur kann von Seiten der genannten Gemeindevertreter gemacht werden.

#### **Beschluss:**

*Die Niederschrift der Gemeinderatssitzung vom 28.04.2009 wird einstimmig genehmigt.*

#### **Zu 02.) Beschluss Angelegenheiten Sanierung Mehrzweckgebäude Diasbach:**

Im Mehrzweckgebäude Diasbach sind - wie bereits in den vorangegangenen Sitzungen berichtet - umfangreiche Sanierungsmaßnahmen erforderlich. Nach Absprache mit den Experten und Darstellung der erforderlichen Sanierungsmaßnahmen bei der Eigentümerversammlung am 13.05.2009 (Protokoll wurde den Gemeinderäten vorab übermittelt) wurden Angebote für die Ausschreibung der notwendigen Arbeiten eingeholt, die nun vorliegen. Danach kostet die Aufnahme und Ausschreibung der erforderlichen Arbeiten € 28.800,- brutto. Da die Sanierung unumgänglich scheint, empfiehlt der Bürgermeister die Ausschreibung der Arbeiten, damit die genauen Kosten vorliegen.

#### **Beschluss:**

*Die Vergabe zur Durchführung der Ausschreibung für die erforderlichen Arbeiten zur Sanierung des Mehrzweckgebäudes Diasbach soll laut vorliegenden Angeboten an die Büros Henzinger, Ebenbichler sowie Spiss & Partner erfolgen.*

#### **Zu 03.) Beratung über Regelung des Bereitschaftsdienstes Sprengelarzt:**

Die Ärzte des Tales haben um die Regelung der Nachtbereitschaftsdienste bei den Bürgermeistern ersucht, wozu dann auch Gespräche zwischen den Ärzten und den Gemeindevertretern geführt wurden. Dabei wurde von Seiten der Bürgermeister auf die geplante Neuregelung durch das Land verwiesen, die derzeit jedoch noch nicht vorliegt. Dr. Bruno Jörg, der bei der Sitzung anwesend ist, hat im heurigen Februar auf Grund der Änderungen mit Dr. Prem (dieser macht keinen Bereitschaftsdienst mehr) der Bevölkerung in einem Rundschreiben Mitteilung gemacht.

Der Bürgermeister hat diese Problematik auch mit der Gemeindeaufsicht besprochen und bei LR Tilg eine Anfrage dazu gemacht. Von diesem wurde ihm mitgeteilt, dass es derzeit eine Vorlage zur Regelung der Nachtbereitschaftsdienste gibt und in den kommenden Wochen die Finanzierung vereinbart werden soll. Von Seiten der Gemeindeaufsicht und LR Tilg wird daher empfohlen, jedenfalls die gesetzlichen Vorgaben des Landes abzuwarten und vorerst keine eigene Regelung mit den Ärzten zu treffen. Dr. Jörg ist mit der derzeitigen Regelung nicht glücklich und erklärt, dass von Seiten des Landes bereits seit zwei Jahren eine Regelung versprochen wird und nicht erfolgt ist, ebenso wird vorgebracht, dass für die Nachtbereitschaftsdienste ohne entsprechende Honorarabgeltung keine Ärzte gefunden werden können und die niedergelassenen Ärzte alleine nicht die ganze Woche Bereitschaftsdienste machen können. Die Regelung über das Notarztsystem wäre zwar vorgesehen, habe jedoch den Nachteil, dass die ärztliche Hilfe nicht so rasch wie bei einem Arzt vor Ort erfolgen könne, womöglich der NEF nicht gerade verfügbar sei und zudem künftig sicher aufwendiger und teurer kommen wird wie die Bereitschaftsdienste der Ärzte. Es wird daher vereinbart, dass von Seiten der Gemeinde, falls bis Ende September 2009 keine landesweite Vorgabe vorliegt, in den Sprengelgemeinden eine entsprechende Regelung zur Abgeltung der Nachtbereitschaftsdienste beschlossen wird, die dann ab Oktober 2009 Gültigkeit hat.

#### **Beschluss:**

*Entsprechend der Empfehlung der Gemeindeaufsicht wird bezüglich Bereitschaftsdienst des Sprengelarztes die Regelung des Landes abgewartet und vorerst keine eigene mit ihm getroffen. Es wird ihm jedoch ab Oktober 2009 eine Vergütung seitens der Gemeinde zugesichert, falls bis dahin noch keine Regelung durch das Land vorliegt. Diesbezüglich ist auch mit der Gemeinde See eine entsprechende Vereinbarung zur Kostenbeteiligung zu treffen, da der Sprengel beide Gemeinden umfasst und auch die Gemeindebürger von See mit betroffen sind.*

#### **Zu 04.) Beschluss Ausführungen Umbau Wohnung Zollhaus 246:**

Die Umbaukosten für die Wohnung im Zollhaus 246 betragen laut den vorliegenden Angeboten der Firmen ca. € 43.000,- netto. Im Haushaltsplan wurden dafür jedoch nur € 25.000,- vorgesehen. Die Differenz muss daher durch Umschichtung von Haushaltsmitteln bedeckt werden. Die Familie Waibl möchte ihren vorhandenen Holzofen in der neuen Wohnung installieren, wozu nach Auskunft des Kaminkehrers vorher allerdings der vorhandene Kaminzug saniert werden muss. Hiefür sind Kosten in Höhe von € 2.500,- aufzuwenden. Der Bürgermeister schlägt vor, die Mehrkosten aus den Mitteln, welche für die Straßenbeleuchtung vorgesehen wurden, zu bedecken. Bezüglich Kaminsanierung wird seitens des Gemeinderates vorgebracht, dass Herbert Waibl dafür selbst aufzukommen habe, da die Wohnung zentral beheizt werde und die Gemeinde nicht verpflichtet sei, zwei Heizsysteme zu installieren.

#### **Beschluss:**

*Dem Wohnungsumbau in der vorgesehenen Form wird seitens des Gemeinderates zugestimmt, die Bedeckung der Mehrkosten soll durch Umschichtung der Mittel zur Straßenbeleuchtung erfolgen. Falls die Familie Waibl den Holzofen einbauen möchte, wird ihr dies genehmigt, sie hat jedoch die dafür erforderliche Kaminsanierung selbst zu übernehmen.*

#### **Zu 05.) Beratung Angelegenheiten Müllabfuhr:**

Da Josef Juen die Müllabfuhr ab September aus gesundheitlichen Gründen und altersbedingt nicht mehr durchführen wird, ist diese gänzlich neu zu organisieren.

Diesbezüglich hat der Bürgermeister und der Gemeindevorstand bereits mehrere Gespräche mit dem Abfallberater Ing. Weiskopf (ist bei der Sitzung anwesend) geführt, und schlägt die Einführung eines Verwiegesystems für den Rest-, Sperr- und Biomüll vor. Dafür ist mit Kosten in Höhe von rund € 60.000,- netto zu rechnen.

Der Bürgermeister-Stellvertreter weist in diesem Zusammenhang auch auf die derzeit unbefriedigende Situation bei der Entsorgung von Schnitt- und Strauchgut hin. Da die Agrargemeinschaft Waldgemeinschaft Kappl-See im Ulmicher Wald und im Bereich Moosbach heuer eine Möglichkeit zur Anlieferung von Mist schaffen wird, wäre es nach Ansicht der Gemeinderäte sinnvoll, die Schnitt- und Strauchgutentsorgung dabei auch vorzusehen bzw. mit einzubinden.

**Beschluss:**

*Die Müllabfuhr in der Gemeinde Kappl wird ab Oktober 2009 (letztes Vierteljahr) auf ein Verwiegesystem für Rest-, Sperr- und Biomüll umgestellt, der Ankauf des Systems soll auf Grund der vorliegenden Angebote von der Fa. Gassner (Bestbieter) erfolgen. Die entsprechenden Änderungen der Abfallgebühren- und der Müllabfuhrordnung soll durch den Gemeindevorstand zur Beschlussfassung vorbereitet werden. Bezüglich der Entsorgung von Schnitt- und Strauchgut soll mit der Agrargemeinschaft Waldgemeinschaft Kappl-See eine gemeinsame Lösung (Bauvorhaben im Ulmicher Wald) angestrebt werden.*

**Zu 06.) Festsetzung der Mindestabwassergebühr:**

Das Land Tirol fordert von den Gemeinden die Vorschreibung einer Mindestgebühr für Abwässer, um überhaupt Bedarfszuweisungen erhalten zu können. Derzeit gilt ein Mindestsatz von € 1,820 pro m<sup>3</sup>, der auf € 1,887 zu erhöhen ist.

**Beschluss:**

*Die laufende Kanalbenutzungsgebühr pro m<sup>3</sup> Wasserverbrauch wird ab 01.01.2009 (Ablesung im Herbst 2010) mit € 1,887 festgesetzt. Der § 6, Abs. 3, der Kanalgebührenordnung der Gemeinde Kappl ist entsprechend zu ändern.*

**Zu 07.) Flächenwidmungsplanänderung Gpn. 769/1 und 769/2 (Josef Jäger, Sinsen):**

Josef Jäger beabsichtigt einen Zu- und Umbau beim bestehenden Gebäude auf Gp. 769/2 sowie die Errichtung einer Garage auf Gp. 769/1, wofür eine Widmungsänderung erforderlich ist. Die entsprechenden Planunterlagen der Fa. Pro Alp Consult liegen vor, auch hat sich Josef Jäger zur Grundabgabe für die Straßenverbreiterung bereit erklärt. Diesbezüglich liegt bereits eine im Einvernehmen mit dem Widmungswerber erstellte Vermessungsurkunde vor.

**Beschluss:**

*Die in den Änderungsplänen der Fa. Pro Alp Consult ersichtliche Teilfläche der neu vermessenen Gp. 769/2 wird von derzeit Freiland in "landwirtschaftliches Mischgebiet" gemäß § 40 Abs. 5 TROG 2006 sowie die neu vermessene Gp. 769/1 von derzeit Freiland in „Sonderfläche Garage mit Lagerraum“ gemäß § 43 Abs. 1 lit. a, TROG 2006, umgewidmet.*

*Gleichzeitig wird die Auflage dieser Widmung beschlossen und dass der Beschluss in Rechtskraft erwächst, wenn während der Auflegungs- und Stellungnahmefrist keine Stellungnahme dazu eingebracht wird.*

*Der vorliegenden Vermessungsplan GZ 5571/09 der Obex-Pfeifer-Haas Ziviltechniker GesmbH für Vermessungswesen zur Grundabgabe ins öffentliche Gut wird ebenfalls beschlossen.*

#### **Zu 08.) Antrag Volksbank Landeck zur Verwendung des Gemeindewappens:**

Die Volksbank Landeck hat mit Schreiben vom 30. April 2009 um Erlaubnis ersucht, das Wappen der Gemeinde Kappl auf ihrem Briefpapier - ein Muster wurde beigefügt - verwenden zu dürfen. Sie hat diesen Wunsch angeblich an alle Gemeinden ihrer Standortfilialen im Bezirk gerichtet und die Erlaubnis von den anderen Gemeinden auch erhalten, wobei manche Gemeinden bestimmte Auflagen gemacht haben. Nach § 11 der Tiroler Gemeindeordnung 2001 bedarf die Führung und Verwendung des Gemeindewappens einer Bewilligung des Gemeinderates. Sie ist zu erteilen, „wenn dies im besonderen Interesse der Gemeinde gelegen und ein nachteiliger Gebrauch nicht zu erwarten ist.“

#### **Beschluss:**

*Der Volksbank Landeck wird die Verwendung des Gemeindewappens der Gemeinde Kappl in ihrem Briefpapier laut vorliegendem Muster unter Vorschreibung der vorgesehenen Verwaltungsabgabe genehmigt.*

#### **Zu 09.) Beschlussfassung zur Vollversammlung der Bergbahnen Kappl am 25.06.09:**

Die Bergbahnen Kappl halten am 25. Juni 2009 ihre ordentliche Gesellschafterversammlung ab, bei der es laut Tagesordnung u. A. um die Erweiterung des Restaurants „Sunny Mountain“ und die Nachbesetzung des ausgeschiedenen Beiratsmitgliedes Andreas Jäger geht. Der Bürgermeister berichtet dem Gemeinderat über die notwendige und geplante Erweiterung beim Restaurant Sunny Mountain und erläutert diese anhand des vorliegenden Entwurfsplanes. Bezüglich Nachbesetzung eines Beirates erläutert er die Vereinbarungen laut Schenkungsvertrag vom Dezember 2004.

Nach längerer Diskussion und Beratung wird festgelegt, dass für die restliche Funktionsperiode der Beirat aus dem Kreise des Gemeinderates nachbesetzt werden soll. Bgm. Ladner erklärt, dass bei der Entsendung in die jeweiligen Gremien bislang entsprechend der TGO vorgegangen wurde, was auch für diesen Fall beibehalten werden sollte. Demnach liegt das Vorschlagsrecht bei der Liste *Bauern und Gewerbe gemeinsam für Kappl* und als nächstes bei der Liste 2000. Von der Liste Bauern und Gewerbe gemeinsam für Kappl wird GV Ernst Hauser vorgeschlagen, die Liste 2000 schlägt Markus Rudigier zur Wahl vor. Die schriftliche Abstimmung zur Nachbesetzung des Beirates ergibt 8 Stimmen für GV Ernst Hauser und 7 Stimmen für Markus Rudigier.

#### **Beschluss:**

*Dem Vorhaben der Bergbahnen Kappl, das Restaurant „Sunny Mountain“ zu erweitern, wird seitens der Gemeinde zugestimmt. Als Vorschlag für die Nachbesetzung eines Beirates soll bei der Vollversammlung Ende Juni GV Ernst Hauser namhaft gemacht werden. Dieser ist bei der Beschlussfassung befangen.*

**Zu 10.) Anträge, Anfragen und Allfälliges:**

- ◆ Vergabe der Bestuhlung des Dorfzentrums an den Bestbieter Fa. Pichlmair (€ 35.191,--);
- ◆ Gemeinschaftshaus Langesthei – Kündigung des Pächters (Konkurs);
- ◆ Nachfrage bezüglich Mauer am Lahngang;
- ◆ Baubeginn „Hofstatt“ laut schriftlicher Mitteilung im Spätsommer 2009;
- ◆ Kanaldeckel im Ortsraum Sinsen besser einbinden.

Mit Ausnahme des Beschlusses zu Punkt 09.) wurden alle Beschlüsse einstimmig gefasst.

Der Bürgermeister:

Angeschlagen am 18.06.2009

Abgenommen am